

Industriellisierung Ostpreußens; in Frage kommen hauptsächlich die Verlegungen von Betrieben der Metall- und Textilindustrie. Das Deutschland des Hochkapitalismus und der Industrialisierung hat für den scheinbaren Reichtum der industriellen Blüte das große Opfer an bürgerlicher Substanz gebracht, indem es den Abwanderungen von der Scholle und der Vertichtung der bäuerlichen Substanz als einem unabwehrbaren Schicksal stillschweigend zusah; Industrieballungen und Verstädterung eines großen Teils der deutschen Bevölkerung sind die Früchte dieser falschen Wirtschaftspolitik. Wenn nun ein Teil der Industrie auf das flache Land verlegt wird, so ist einem Prozentsatz der deutschen Arbeiterschaft die Möglichkeit geboten, auf dem Lande wieder heimisch zu werden und sich den zerstörenden Einwirkungen der großen Städte zu entziehen. Mit der Verlagerung wird gleichzeitig eine größere Marktnähe für die landwirtschaftlichen Produkte Ostpreußens geschaffen; Konsumment und Produzent stehen in engerem Konnex.

Was mit dieser Aussiedlung nach Ostpreußen angebahnt wird, ist ein Prozeß, der in langen Zeiträumen die grundsätzliche Strukturwendung in Deutschland durchzuführen muß. Die Wirtschaft ist aus der Erfahrung der letzten Jahrzehnte zu der Erkenntnis einer neuen Standortverteilung gekommen; die rein rechnerischen Gegenargumente, die in diesem Zusammenhang aus dem liberal-kapitalistischen Denken vorgetragen werden und selbst eine vorübergehende Zurückstellung reiner Rentabilitäts Gesichtspunkte nicht guthießen, übersehen, daß es sich bei der Verlagerung um ein Riesenergebnis handelt, dessen Auswirkungen sowohl nach bürgerlichen wie gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten erst in späteren Jahrzehnten abzuwägen sein wird. Es spricht bei dem Beispiel Ostpreußens ja nicht nur die Notwendigkeit, gegen den biologischen Ueberdruck des Ostens sich zu sichern, sondern es geht um die grundsätzliche Frage vollkommener Erneuerung. Es handelt sich nicht nur um eine Auslöcherung der Großstädte; es steht die Notwendigkeit des Abbaus der Großstädte zur Diskussion. Erst in der Verwurzelung mit der Scholle und der Sehnsucht des Arbeiters wird auch das Nationalgefühl an den konkreten Gegebenheiten des eigenen Lebens viel stärker werden.

In Ostpreußen wird gleichzeitig eine dichtere bäuerliche Besiedlung einziehen; der Großgrundbesitz, der etwa ein Drittel des Bodens bewirtschaftet, hat es zum gut Teil nicht verstanden, seine landwirtschaftlichen Betriebe den Erfordernissen der Neuzeit anzupassen; der nicht mehr sanierungsfähige Besitz wird den Jungpächlern zur Verfügung gestellt; es bedarf wohl keiner weiteren Betonung, daß für private Siedlungsgesellschaften in der Umsiedlung kein Geschäft zu erblicken ist; grundsätzlich darf deutscher Boden keine Ware im privatwirtschaftlichen Sinne mit möglichst großen Verdienstmöglichkeiten sein.

Die ganze Umsiedlung hat aber auch nur dann Wert und Bestand, wenn sie künftig alle Gründe, die früher zur Landflucht gedrängt haben, ausschaltet. Ueber diese Gründe wird noch ein besonderes Wort zu reden sein.

Die ostpreußische Hilfsaktion muß aber gleichzeitig, wenn sie nicht als isolierte Maßnahme aus ihrem gesamtwirtschaftlichen Umbau herausfallen soll, in dem Totalplan der Umsiedlung im gesamten deutschen Raum eingebaut werden. Ein solcher Plan wird nicht aus dem Zusammensetzen einer Reihe von Einzelaktionen geformt; ein solcher Totalplan muß den einzelnen Aktionen vorangehen; erst aus ihm heraus reifen dann die Teilpläne für die einzelnen Landschaften; so weist auch die Hilfsaktion für die ostpreußische Landschaft mit zwingender Notwendigkeit auf diesen Totalplan hin.

E. G.

**Ermächtigungsgefeß in Hessen**

## Amerikas Drohung mit der Aufrüstung

Londoner Flotten-Vertrag soll nicht verlängert werden — Genf ist hoffnungslos

Aus Washington kommt die Nachricht, die an sich nach den Vorgängen in London nicht mehr sehr überraschen kann, daß die amerikanische Regierung nicht die Absicht hat, den Ende 1935 ablaufenden Londoner Flottenpakt von 1930 zu verlängern. Präsident Roosevelt sei gewillt, die amerikanische Flotte dann nach eigenem Gutdünken auszubauen. Die amerikanische Regierung sei von der Hoffnungslosigkeit der Flottenverhandlungen überzeugt, nachdem sich Japan zum Rücktritt von dem Londoner Vertrag entschlossen habe, falls ihm nicht die volle Flottengleichheit zugestanden werde.

Die Meldung, daß Norman Davis zur nächsten Genfer Tagung nicht erscheinen werde, wird bestätigt. Die Washingtoner Regierung sei überzeugt, daß die Lage in Genf hoffnungslos ist. An einer Erörterung der Landaufrage sei Amerika nicht interessiert. Roosevelt sei außerordentlich verärgert über die kalte Aufnahme seines Aufrüstungsvorschlags. Das bekannte amerikanische Flottenprogramm wird mittlerweile auf Grund einer Spezialorder Roosevelts weiter ausgearbeitet.

\*

Der Londoner Flottenpakt vom Mai 1930 ist seit dem Washingtoner Vertrag vom Februar 1922 die einzige umfassendere Vereinbarung auf dem ganzen Gebiete der Aufrüstungsbeschränkung, die praktische Wirksamkeit erlangt hat. Ursprünglich hatte damals die Absicht bestanden, ein Abkommen über die Verminderung der Seerüstungen zwischen England, Amerika, Japan, Frankreich und Italien zustande zu bringen. Die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen den beiden Seemächten des Mittelmeer-Raumes verhinderte aber eine Vereinbarung und nach monatelangen Verhandlungen, bei denen der damalige französische Ministerpräsident Lardieu eine hervorragende Rolle als Saboteur spielte, schließlich nur ein Vertrag zu Dreien zustande, der für England, Amerika und Japan Gültigkeit hatte. Dieser Vertrag stellte bezüglich der Kreuzer, Torpedoboote und Unterseeboote tatsächlich eine wesentliche Ergänzung und Erweiterung des Washingtoner Abkommens dar, daß ja hauptsächlich Schlachtschiffe erfaßt hatte.

In den letzten Wochen hat nun Tokio ein Marinebauprogramm für die kommenden Jahre entworfen, daß auf der Forderung auf völlige Gleichstellung mit Amerika für gewisse Schiffskategorien basiert und für andere eine Abänderung des bisherigen Verhältnisschlüssels verlangt. Die Antwort ist jetzt mit der Ankündigung Washingtons ergangen.

Darüber hinaus dürfte aber die Aeußerung der amerikanischen Regierung darauf berechnet sein, einen starken Druck auf England auszuüben, wobei im Augenblick noch gar nicht einmal mit Sicherheit gesagt werden kann, ob man in Washington mehr Wert darauf legt, wirtschaftlich (d. h. bezüglich der Weltwirtschaftsverhandlungen) oder nur politisch

(d. h. bezüglich der Genfer Aufrüstungskonferenz) zu wirken. Es liegt auf der Hand, daß Amerika tatsächlich an den Aufrüstungsbestrebungen für die Landheere nicht unmittelbar interessiert ist. Mittelbar allerdings ist dieses Interesse durchaus vorhanden. Die amerikanische These in der Aufrüstungsfrage ging stets dahin, daß sich Amerika nicht in der Lage sehe, auf dem Gebiete der Kriegsschäden irgendwelche Konzessionen zu machen, solange die europäischen Mächte so enorme Summen für ihre Rüstungen ausgeben. Bisher hat England noch immer seine Verpflichtungen aus dem von Churchill abgeschlossenen Schuldenabkommen mit Amerika erfüllt, — lediglich auf die letzte am 15. Juni fällig gewesene Rate ist nur eine kleine Anerkennungszahlung erfolgt. Wenn jetzt nun Amerika offiziell sein Desinteressement an den weiteren Aufrüstungsverhandlungen erklärt, so wird wahrscheinlich England sehr bald vor der unangenehmen Situation, seine Schuldenzahlungen an Amerika voll wieder aufzunehmen, oder aber in der gleichen Art wie Frankreich Amerika gegenüber in Verzug zu geraten.

Berücksichtigt man alle die Tatsachen, so wird man wohl der Meinung sein dürfen, daß über Amerikas Aufrüstung und seinen Rückzug aus Genf noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. MacDonald wird ohne Zweifel alles tun, was in seinen Kräften stehen, um Amerika bis zum Herbst wieder nach Genf zurückzubringen, und es erscheint auch tatsächlich nicht völlig ausgeschlossen, daß ihm das in irgendeiner Form gelingt. Dadurch würde aber keineswegs die Tatsache aus der Welt geschafft, daß Japan auf alle Fälle beträchtlich aufrüsten wird und daß Amerika dadurch tatsächlich in eine gewisse Zwangslage kommt. Diese Zwangslage verschärft sich in dem Augenblick, in dem die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Amerika und Sowjetrußland, die größtenteils über den pazifischen Ozean gehen würden, eine Verstärkung erfahren. Daß mit einer solchen Entwicklung gerechnet werden muß, liegt nach den Nachrichten der letzten Woche ziemlich nahe. Gleichzeitig damit würde Amerika wahrscheinlich versuchen, in verschärfter Form den Kampf um die eigentlichen ostasiatischen Mächte aufzunehmen und dadurch wieder mühten sich die ohnehin nicht sehr freundschaftlichen Beziehungen zwischen Japan und Amerika weiter verschlechtern.

Alle diese Probleme sind naturgemäß weder durch das Londoner Fiasko noch durch das Verjagen von Genf entstanden, aber ihre Beschleunigung hängt ohne Frage mit diesen Dingen zusammen und der zeitliche Zusammenfall des Londoner Mißerfolges mit der Genfer Vertagung hat ganz plötzlich der Welt wie in einem grellen Blitzstrahl den Punkt gezeigt, wo neue Verwicklungen und Schwierigkeiten sich anbahnen, ohne daß es inzwischen gelungen wäre, die alten auch nur annähernd zu bereinigen.

## Pfarrer Müller leitet die Ostpreußische Union

Keine Anwendung des Gleichschaltungsgesetzes — Der Einfluss des Bekenntnisses

Der Staatskommissar Jäger für die Evangelische Landeskirche Preußens hat an alle Bevollmächtigten der Evangelischen Landeskirche der Ostpreußischen Union und der anderen evangelischen Landeskirchen in Preußen folgende Anordnung, die im kirchlichen

rechte Kirche ist, daß da auch die Macht sei, Kirchendiener zu wählen und zu ordnieren."

Unseres Wissens hat D. Dibelius in einem Rundschreiben an seine Pfarrer ähnliches geltend gemacht und erklärt, sein geistliches Amt sei ihm von seiner weltlichen Gewalt genommen.

großen Verdienstmöglichkeiten sein.  
Die ganze Umsiedlung hat aber auch nur dann Wert und Bestand, wenn sie künftig alle Gründe, die früher zur Landflucht gedrängt haben, ansichaltet. Ueber diese Gründe wird noch ein besonderes Wort zu reden sein.  
Die ostpreussische Hilfsaktion muß aber gleichzeitig, wenn sie nicht als isolierte Maßnahme aus ihrem gesamt-wirtschaftlichen Umbau herausfallen soll, in dem Totalplan der Umsiedlung im gesamten deutschen Raum eingebaut werden. Ein solcher Plan wird nicht aus dem Zusammenfügen einer Reihe von Einzelaktionen geformt; ein solcher Totalplan muß den einzelnen Aktionen vorangehen; erst aus ihm heraus reifen dann die Teilpläne für die einzelnen Landschaften; so weist auch die Hilfsaktion für die ostpreussische Landschaft mit zwingender Notwendigkeit auf diesen Totalplan hin.  
E. G.

## Ermächtigungsgesetz in Hessen

Beschluss des evangelischen Landeskirchentages

In einer Sitzung des hessischen evangelischen Landeskirchentages wurde ein Ermächtigungsgesetz beschlossen, wonach bis zur Annahme einer neuen Kirchenverfassung die dem Landeskirchentag zustehenden Rechte auf den Präsidenten der Kirchenregierung, Prälat D. Dr. Diehl, übertragen werden. Vor allem wird er ermächtigt, eine zeitgemäße Umgestaltung der Verfassung der evangelischen Landeskirche in Hessen und ihre Angleichung an die Verfassung der kommenden deutschen evangelischen Kirche durchzuführen.

Präsident D. Herrmann erklärte, die Bewegung der „Deutschen Christen“ komme aus dem Norden und Nordosten Deutschlands und wäre in Hessen wohl niemals entstanden, weil hier die Verhältnisse durchaus anders gelagert seien. In Hessen habe man immer darüber gewacht, daß Kirche und Politik auseinandergehalten werden. Von einer Beunruhigung des Kirchenglaubens sei, wenn sie nicht von außen hereingetragen werde, in Hessen nichts zu finden. Auch sei ihr Bestand nicht zurückgegangen. Wenn trotzdem die Landesregierung geglaubt habe, eine Neuordnung durch ein Ermächtigungsgesetz Platz greifen lassen zu sollen, so sei, nachdem dieses Gesetz bereits die Zustimmung der Regierung gefunden habe, zu hoffen, daß es nun bald zu einer Neuordnung der hessischen Kirche kommen werde. Dem Ermächtigungsgesetz wurde dann die einmütige Zustimmung erteilt.

## Zuerst Amerika!

Die ersten Wirkungen der Dollarentwertung

In Washingtoner Meldungen der New Yorker Blätter wird der neue Kurs der Washingtoner Politik als „Amerika first-Programm“ bezeichnet. Die Regierung sei entschlossen, die Politik der hohen Zollmauern fortzusetzen. Roosevelts Aukarriereprogramm zielt darauf ab, daß sich Einfuhr und Ausfuhr die Waage halten. Der starke Dollarsoll führe automatisch zu einer Einfuhrverminderung, die bereits stark erkennbar sei. Auch sonst beginnt sich die Inflation jetzt für die amerikanische Hausfrau spürbar auszuwirken. Die Kleinhandelspreise auf dem Lebensmittelmarkt sind über Nacht um 30 bis 60 Prozent gestiegen. Landwirtschaftssekretär Wallace gab bekannt, daß gegen Preiswucher mit den allerjährlsten Mitteln vorgegangen werde. Deutliche Wuchererscheinungen seien bereits feststellbar.

### Polen will englische Anleihe

Wie einige Warschauer Blätter aus London zu berichten wissen, sollen dort Verhandlungen über eine Anleihe für Polen im Gange sein. Es handle sich um eine Investitionsanleihe für die Elektrifizierung und den Ausbau des Eisenbahnnetzes Warschauer sowie für die Erweiterung des Elektrizitätswerkes in Pruszków in Höhe von 100 Millionen Floty.

Darüber hinaus dürfte aber die Ausrüstung der amerikanischen Regierung darauf berechnet sein, einen starken Druck auf England auszuüben, wobei im Augenblick noch gar nicht einmal mit Sicherheit gesagt werden kann, ob man in Washington mehr Wert darauf legt, wirtschaftlich (d. h. bezüglich der Weltwirtschaftsverhandlungen) oder nur politisch

Londoner Mißerfolges mit der Genfer Vertagung hat ganz plötzlich der Welt wie in einem grellen Blitzstrahl den Punkt gezeigt, wo neue Verwicklungen und Schwierigkeiten sich anbahnen, ohne daß es inzwischen gelungen wäre, die alten auch nur annähernd zu vereinigen.

# Pfarrer Müller leitet die Altpreußische Union

Keine Anwendung des Gleichschaltungsgesetzes — Der Einfluss des Bekenntnisses

Der Staatskommissar Jäger für die Evangelische Landeskirche Preußens hat an alle Bevollmächtigten der Evangelischen Landeskirche der Altpreußischen Union und der anderen evangelischen Landeskirchen in Preußen folgende Anordnung, die im kirchlichen Gesetzbuch veröffentlicht wird, erlassen:

„1. Meine heute bei mir versammelten Bevollmächtigten aus ganz Preußen berichten übereinstimmend von dem gewaltigen Widerhall, den das Werk der Hilfe des Staates zur Selbsthilfe der Kirche im Kirchengott gefunden hat.

2. In Weiterführung des gemeinsamen Wirkens aller zum Neubau der deutschen evangelischen Kirche willigen Kräfte übertrage ich auf den Herrn Bevollmächtigten des Herrn Reichskanzlers, Wehrkreispfarrer Müller, im Einverständnis mit ihm das Recht der obersten Kirchenleitung der Evangelischen Landeskirche der Altpreußischen Union“

Im Anschluß an diesen Erlaß stellt man sich in kirchlichen Kreisen die Frage, welche Rechte nunmehr den bisherigen kommissarischen Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates, Dr. Werner und Pfarrer Hossensfelder, verbleiben, nachdem offenbar Wehrkreispfarrer Müller die Befugnisse eines obersten Bischofs der Altpreußischen Union ausübt.

Wie verfaßt, ist der vom Nationalsozialistischen Preussischen Pressedienst erörterte Plan, das Gleichschaltungsgesetz auf die Kirchenvertretungen anzuwenden, auf Anregung der zuständigen Stelle im Reich wieder fallen gelassen worden. Ob damit auch die angegebene Einschätzung der „Deutschen Christen“ auf 70% des Kirchengottes eine Aenderung erfährt, ist noch nicht ersichtlich.

Eine bemerkenswerte Anordnung hat am Donnerstag der kommissarische Präsident des GDR, Dr. Werner, für Westfalen erlassen; sie geht auf Vorstellungen zurück, welche u. a. von Seiten der Deutschen Christen in Westfalen an zuständiger Stelle erhoben worden sind. Danach sind „die bisherigen westfälischen Presbyterien, Synodalvorstände und der Provinzialkirchenrat unverzüglich wieder in ihr Amt einzusetzen, da sich nach eingehender Prüfung der dortigen kirchlichen Lage herausgestellt hat, daß die bereits früher im Amt gewesenen ihr kirchliches Amt aus dem Kenntnis herleiten“.

Die bedeutsame Begründung erklärt sich folgendermaßen: Die Vertreter der westfälischen Kirche hatten sich nämlich gegenüber dem G. D. N. auf den Artikel 67 aus den „Schmallaldischen Artikeln“ berufen und feierlich erklärt, sie seien durch ihr Ordinationsgelübde an die Bekenntnischristen gebunden und könnten keine andere als die rechtmäßig gewählte geistliche Obrigkeit in kirchlichen Dingen anerkennen. In diesem Artikel 67 heißt es:

„Denn wo Kirche ist, da ist ja der Befehl, daß Evangelium zu predigen. Darum müssen die Kirchen die Gewalt behalten (us retinere), daß sie Kirchendiener fordern, wählen und ordinieren. Und solche Gewalt ist ein Geschenk, welches den Kirchen eigentlich (proprie = zum Eigentum) von Gott gegeben und von keiner menschlichen Gewalt genommen werden (folgt Zitiert von Ephefer 4, 8 ff.). Daraus folgt, wo eine

rechte Kirche ist, daß da auch die Macht sei, Kirchendiener zu wählen und zu ordinieren.“

Unseres Wissens hat D. Dibelius in einem Rundschreiben an seine Pfarrer ähnliches geltend gemacht und erklärt, sein geistliches Hirtenamt könne ihm von keiner weltlichen Gewalt genommen werden.

Die Verhandlungen über die Beilegung des Kirchenkonfliktes, die unter dem Vorsitz von Dr. Fried stattfinden, dauerten bei Redaktionschluß noch an.

### Evangelische Jugend Wehrkreispfarrer Müller unterstellt

Auf Grund einer Aussprache zwischen dem kommissarischen Leiter der Inneren Mission, Pfarrer Themel, und dem Reichsmart D. Stange wurde einmütig der innere Neubau der evangelischen Jugend gefordert und in seinen Grundlinien festgelegt. Vereinfachung der Organisationsform und Verjüngung der Führerschaft werden durchgeführt. D. Stange hat die evangelischen Jugendverbände unter die Schirmherrschaft von Wehrkreispfarrer Müller gestellt.

### Deutsche Christen werden beigeordnet

Dem Superintendenten des Kirchenkreises Potsdam I sind zur Führung der Geschäfte der aufgelösten kirchlichen Körperschaften der Kreisleiter der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ cand. theol. und Stadtrat Pichotta-Romawes und der gleichfalls der Glaubensbewegung nahestehende Lehrer Nidel-Neudabelsberg beigeordnet worden. Dem geschäftsführenden Pfarrer in Romawes ist der Patronatsälteste Dr. Vosse und der Kirchenälteste Oberingenieur Schülter zur Seite gestellt. Beide stehen, soweit wir erfahren konnten, gleichfalls der Glaubensbewegung nahe.

### Superintendent Alberts suspendiert

Der Superintendent Alberts von Spandau ist seiner sämtlichen Ämter vom Bevollmächtigten des Staatskommissars für die Mark Brandenburg enthoben worden.

### Kirchliche Beurlaubungen in Sachsen

In der evangelischen Landeskirche von Sachsen wurden bisher fünf Superintendenten und sechs Pfarrer suspendiert, darunter Pfarrer Ké-Dresden und Studentenpfarrer Kunze-Leipzig.

### Pater Strathmann verhaftet

Pater Franziskus Strathmann D. P., der Führer des vor wenigen Tagen aufgelösten Friedensbundes deutscher Katholiken, ist am Donnerstag auf Veranlassung der politischen Polizei verhaftet worden.

### Gemeinschaftslager für Referendare

Am nächsten Montag werden sich in einem ersten Gemeinschaftslager 50 preussische Referendare auf dem ehemaligen Ertruppenübungsplatz Ritterhof zusammensetzen. Der Vormittag wird in diesen sechs Wochen des Gemeinschaftslagers dem Sport, der Nachmittag der geistigen Ausbildung gewidmet sein. Dabei wird vornehmlich auf einer weltanschaulichen Grundlage verfahren werden. Rechtswissenschaften werden während der Zeit des Gemeinschaftslagers nicht betrieben. Die Referendare werden bei der Ankunft ihre sämtlichen Bücher sowie auch Geld abzuliefern haben. Sie erhalten nur völlig gleichmäßige Beträge während dieser Zeit in die Hand.